

Prof. Dr. G. Neubauer



INSTITUT FÜR GESUNDHEITSÖKONOMIK

**Nixenweg 2 b
81739 München**

**Stellungnahme
als unabhängiger Einzelsachverständiger**

**zum Gesetzentwurf
der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
Sicherung von Beschäftigung
und Stabilität in Deutschland**

**Anhörung
am 9. Februar 2009**

1. Zu den stabilitätspolitischen Maßnahmen im Bereich der Krankenversicherung

1) Beitragssatzsenkung ab 01.07.2009

Die vorgesehene Beitragssatzsenkung reduziert den Beitragssatz auf die Höhe des Beitragssatzes vor Einführung des Gesundheitsfonds. Dies ist sicherlich kein Zufall! Gleichwohl wird den Versicherten mit dieser Beitragssatzsenkung relativ schnell Kaufkraft zur Verfügung gestellt. Daher ist die Maßnahme unter Stabilitätsgesichtspunkten richtig.

2) Krankenhäuser als Teil des Infrastrukturstärkungsprogramms

Den Ländern und Gemeinden werden insgesamt Mittel in Höhe von 10 Mrd.€ für Investitionen zur Verfügung gestellt. Als Teil der Infrastruktur werden auch explizit die Krankenhäuser genannt. Damit wird anerkannt, dass bei den Krankenhäusern eine erhebliche Investitionslücke besteht. Diese Lücke zu schließen ist Aufgabe der Bundesländer, wobei auch die Kommunen in den meisten Bundesländern anteilig mitzufinanzieren haben.

2. Einschätzung der stabilitätspolitischen Wirkungen im einzelnen

Die Beitragssatzsenkung ab 01.07.2009 umfasst für 2009 3,2 Mrd. € und für die Jahre 2010 und 2011 jeweils 6,3 Mrd. €. In diesem Umfang werden die Beitragszahler, nämlich die Unternehmer und die GKV-Mitglieder, entlastet. Für das einzelne Mitglied sind das im Durchschnitt 5 € pro Monat. Dieser Kaufkraftzuwachs wird von den Haushalten sicherlich in großem Umfang verkonsumiert werden. Andererseits ist die Entlastung nur wenig spürbar. Die Mehrausgaben dürften in erster Linie in den täglichen Konsum fließen.

Die Beteiligung der Krankenhäuser an den Infrastrukturmaßnahmen ist begrüßenswert, kann aber das grundsätzliche Probleme der Investitionsschwäche nicht lösen. Den Ländern stehen insgesamt für alle Infrastrukturmaßnahmen pro Jahr 1,5 Mrd. € zur Verfügung. Werden diese Mittel für Schulen, Straßen und Krankenhäuser jeweils gleichmäßig ausgegeben, würden den Krankenhäusern 500 Mio. € mehr zur Verfügung stehen. Selbst wenn dieser Betrag für die Kommunen verdoppelt würde, würde das Investitionsdefizit von geschätzten 2,3 Mrd. € noch lange nicht gedeckt sein.

3. Ordnungspolitische Bedenken

1) Der Fonds als Teil der staatlichen Stabilisierungspolitik

Es muss als äußerst bedenklich eingestuft werden, wenn jetzt die Gesundheitsausgaben als Teil staatlicher Stabilisierungspolitik eingesetzt werden. Gerade die Gesundheitsausgaben sind weitgehend konjunkturunabhängig und sollten nicht in eine „künstliche“ Konjunkturabhängigkeit gebracht werden.

2) Keine Lösung für die Finanzierungsschwäche der GKV

Die Steuerfinanzierung des Gesundheitsfonds führt zumindest 2009 zu keiner Erhöhung der Mittel des Fonds, sondern lediglich zu einer Umstrukturierung – Beiträge gegen Steuern. Da die Steuern selbst über Kredite finanziert werden, wird hier eine Belastung lediglich zeitlich verschoben

3) Keine Lösung für die Krankenhaus-Investitionsfinanzierung

Wie schon oben angeführt, wird die Investitionslücke der Krankenhäuser durch die vorgesehene Maßnahme nur wenig verringert. Es liegt also keine grundsätzliche Lösung, sondern nur eine punktuelle vor.

4. Ordnungspolitische Neuorientierung einer Steuerfinanzierung erforderlich

Die vorgesehenen Finanzierungsbeiträge über Steuern fließen in den Gesundheitsfonds und von da direkt an die Leistungserbringer. Dies hat zur Folge, dass der Staat sich auch für die Mittelverwendung verantwortlich fühlt und damit auch die Leistungserbringer regulieren und kontrollieren muss. Hier ist eine Neuorientierung erforderlich.

Ökonomisch richtig wäre es, wenn die Steuermittel direkt an unterstützungsbedürftige Haushalte fließen würden. Damit wäre der Staat gezwungen zu definieren, welche Haushalte unterstützungsbedürftig sind und in welchem Umfang Leistungen erforderlich sind. Beides sind originäre Aufgaben eines Staates in einer sozialen Marktwirtschaft. Das Schlagwort lautet: Statt Objektfinanzierung Subjektförderung!